

TAGESPOLITIK - KOMMENTARE - AUSLANDSBERICHTE

P/XIX/173

Bonn, den 10. September 1964

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

Seite		Zeilen
1 - 1a	<u>Menschliche Probleme im Vordergrund</u> Zu der Besprechung des Bundeskanzlers mit den Vertretern der Parteien	65
1a	<u>Mendes Vorstoß ins Leere</u> Er wird unterrichtet, darf aber nicht entscheiden	30
2 - 3	<u>Noch mehr Sozialdemokraten in die Rathäuser</u> Zu den Kommunalwahlen von August Kerppe, Kommunalreferent beim Parteivorstand der SPD  Porträt eines sozialdemokratischen Oberbürgermeisters	95
4 - 5	<u>Professor Wilhelm Brundert, Oberbürgermeister von Frankfurt/Main</u>	86

+ + +

### Menschliche Probleme im Vordergrund

---

#### Zu der Besprechung des Bundeskanzlers mit den Vertretern der Parteien

sp - Daß Bundeskanzler E r h a r d noch am Freitag dieser Woche mit den Fraktionsvorsitzenden der im Bundestag vertretenen Parteien und mit dem Regierenden Bürgermeister von Berlin, Willy B r a n d t, die Frage besprechen will, ob die Bundesregierung einer erneuten Passierschein-Regelung für Berlin zustimmen soll oder kann, ist eine g u t e Sache. W e n i g e r gut ist dagegen, daß sich der Bundeskanzler so spät zu dieser gemeinsamen Beratung entschlossen hat.

Am Mittelpunkt der Freitagsunterhaltung des Bundeskanzlers mit seinen Gesprächspartnern werden im wesentlichen die gleichen Fragen stehen, die auch schon vor einigen Wochen oder sogar Monaten hätten besprochen werden können. Wir glauben zu wissen, daß man bereits im März dieses Jahres anlässlich des ersten Versuches, eine bessere Passierschein-Regelung als die von Weihnachten und Neujahr 1963/64 zu finden, über die gleichen Schwierigkeiten sowohl im Bundeskabinett als auch im Kreis der Parteienvertreter hätte reden können, über die man sich in der Freitagbesprechung unterhalten muß.

Damals hatte Willy Brandt öffentlich angeregt - es war am 26. Februar 1964 -, die Bundesregierung möge dafür sorgen, daß zwischen den Parteien und der Regierung sowie den Vorsitzenden der zuständigen Ausschüsse des Bundestages ein ständiger Gedankenaustausch über Möglichkeiten und Notwendigkeiten bei der Regelung innerdeutscher Fragen eingeleitet werde. Konkret hatte Willy Brandt gefordert, es müsse zur Problematik der innerdeutschen Beziehungen eine Politik entwickelt werden, die l a n g f r i s t i g ist und nicht nur von Fall zu Fall entschieden werden darf. Ferner, es sollten sämtliche Fragen aufeinander abgestimmt werden, wenn sie beide Teile Deutschlands betreffen.

Die damaligen Anregungen von Willy Brandt stießen auf heftigsten Widerstand nicht nur der Regierung, sondern auch der sie tragenden Parteien. Man zerredete den Vorschlag, behauptete, der Regierende Bürgermeister von Berlin wolle eine Art Nebenregierung schaffen und unterstellte ihm hierbei öffentlich Absichten, die bei einer späteren, ruhigen Beratung in den zuständigen Ausschüssen des Bundestages in keiner Weise aufrechterhalten werden konnten.

Die Erfahrungen bei allen "Kontakten" zwischen den Vertretern des Zonenregimes und Vertretern der Bundesregierung oder des Berliner Senats haben gezeigt, daß man in Pankow i n m e r behütet sein wird, j e d e Besprechung propagandistisch zugunsten der Position Überichts auszunutzen. Hierbei ist es ganz gleich, zu welcher Art von Unterschrift unter ein ausgehandeltes "Papier" man sich bereit-erklärt. Ob es sich hierbei um Besprechungen über die Postzeitzahlen, über Verhandlungen zwischen Vertretern der Bundesbahn und der Reichsbahn, oder der beiden Justizministerien, über den Bau einer Brücke oder das Zustandekommen einer gesamtdeutschen Olympiamannschaft handelt - i n m e r wird Pankow behaupten, die Tatsache von Be-

sprechungen sei ein "Staatsakt".

Jetzt ist in dieser jüngsten Phase der Besprechungen über ein neues Passierschein-Abkommen für Berlin der Zwiespalt über das, was man tun kann oder nicht tun darf, in das Bundeskabinett hineingetragen worden. Die Leidtragenden dabei sind nicht Ulbricht und seine Funktionäre, sondern die vielen hunderttausend Deutschen, die sich nach dem Wiedersehen zu Weihnachten und Neujahr in der Hoffnung verabschiedet hatten, bald wieder zusammenkommen zu können.

Man hat viel Zeit verloren seit jenen Tagen im Februar dieses Jahres. Die Unentschlossenheit der Bundesregierung, der immer deutlicher werdende Zwiespalt in der CDU/CSU, zwingt Bundeskanzler Erhard jetzt, doch noch eine gemeinsame Haltung, zunächst in der Frage der Passierscheine, anzustreben.

Wir wollen im Interesse der Menschen in der geteilten Stadt Berlin hoffen, daß nunmehr die menschlichen Probleme in den Vordergrund gestellt werden.

+ + +  
Mendes Vorstoß ins Leere

Er wird unterrichtet, darf aber nicht entscheiden.

Als der FDP-Vorsitzende, Vizekanzler und Minister für Gesamtdeutsche Fragen, Dr. Erich M e n d e, nach seiner Rückkehr aus den Ferien forderte, alle innerdeutschen Fragen sollten unter der Kompetenz des Gesamtdeutschen Ministeriums koordiniert werden, konnte man den Eindruck gewinnen, daß hier eine an sich gute Vorstellung von den Aufgaben des Gesamtdeutschen Ministeriums kaum nehmenswerten Widerspruch finden würde. Bundeskanzler E r h a r d hat es anders gewollt. Es soll zwar in Zukunft mehr koordiniert werden, aber an der Spitze der Koordination steht der Bundeskanzler und nicht der Minister für Gesamtdeutsche Fragen. Herr Mend e soll lediglich von den einzelnen, mit gesamtdeutschen Fragen befassten Ministerien und anderen Stellen über deren Vorhaben unterrichtet werden.

Das ist - wenigstens teilweise - auch bisher schon geschehen. Der Gesamtdeutsche Minister wird zwar über diesen oder jenen Vorgang unterrichtet werden, dürfte jedoch kaum die Möglichkeit haben, gestaltend und koordinierend einzugreifen. Auf keinen Fall hat er nach dem gestrigen Kabinettsbeschluß Entscheidungen zu treffen. Das ist bedauerlich, denn unabhängig davon, wer im Augenblick Gesamtdeutscher Minister ist, hat sich bisher j e d e r dieses Amt verwaltende Minister darüber beklagt, daß er mehr an der Spitze eines Ministeriums für Gesamtdeutsche F r a g e n stehe, keineswegs aber für gesamtdeutsche A n t w o r t e n zuständig sei.

Es ist zu befürchten, daß der lachende Dritte bei dem Mangel an Koordinierung innerdeutscher Probleme auf Bundesrepublikanischer Seite Walter Ulbricht ist. Dort hat man es mit einer zentralgesteuerten Apparatur zu tun, die mit Freuden j e d e sich ihr bietende Gelegenheit ausnutzen wird, um diese oder jene mit innerdeutschen Fragen befasste Stelle in der Bundesrepublik gegeneinander auszuspielen.

### Noch mehr Sozialdemokraten in die Rathäuser!

Von August Kerger,

Kommunalreferent beim Parteivorstand der SPD

Anlässlich der Sitzung des SPD-Parteirates in Berlin zur Bundespräsidentenwahl hat der Vorsitzende Willy Brandt auf die große Bedeutung der am 27. September 1964 in Nordrhein-Westfalen und Niedersachsen und am 25. Oktober 1964 in Hessen, Rheinland-Pfalz und im Saarland stattfindenden Kommunalwahlen für die Festigung der deutschen Demokratie hingewiesen.

Nach den letzten Kommunalwahlen, die in den genannten Ländern in den Jahren 1960 und 1961 stattfanden, bot sich für die Sozialdemokraten folgendes Bild:

Bei etwa 16,2 Millionen abgegebenen Stimmen betrug der SPD-Wähleranteil in

Nordrhein-Westfalen	40,7 Prozent
Niedersachsen	38,8 "
Hessen	47,2 "
Rheinland-Pfalz	37,7 "
und im Saarland	27,8 "

An Mandaten entfielen auf die SPD in

	Kreisfr.-Städte	Kreistage	kreisangeh. Gemeinden
Nordrhein-Westfalen	45,4 Prozent	34,1 Prozent	28,2 Prozent
Niedersachsen	46,5 "	35,5 "	23,7 "
Hessen	49,2 "	48,4 "	23,2 "
Rheinland-Pfalz	46,0 "	35,0 "	19,0 "
und im Saarland	26,5 "	23,2 "	25,0 "

In den insgesamt 74 kreisfreien Städten der genannten Länder, in denen die Mehrzahl der Bevölkerung wohnt, stellt die SPD in 45 Städten den Oberbürgermeister und zeigt somit ihren dominierenden Einfluß in den großen Städten. Aber auch ihr Mandatsanteil in den Kreistagen ist beachtlich, wie besonders das Beispiel Hessen zeigt.

Weil der politische Gegner diese Entwicklung mit Sorge betrachtet und nicht so recht weiß, wie er sich ihrer erwehren soll, schlägt er wild um sich. Was soll es, wenn ein durch die Larve wandernder Politiker der CDU, der aus eigener Erfahrung doch selbst zu gut weiß, wie seine militärischen CDU-Kollegen mit ihm ungesprungen sind, unter Berufung auf das "letzte kommunalpolitische Programm der SPD" - er meint, die kommunalpolitischen Richtlinien der SPD aus dem Jahre 1928 (!) - glaubt, feststellen zu müssen, "die Errichtung von Gemeindefürsorgeeinheiten, die Kommunalisierung - sprich Sozialisierung - und eine Gemeinschaftsbildung, die zur Verfassung führen kann", seien Bestandteile eines Programms, die heute noch gefordert würden? So billig kann man es sich nur machen, wenn man selbst nicht in der Lage ist, die kommunalen Sachfragen so im gemeindlichen Bereich zu lösen, dass der Wähler diese Arbeit auch honoriert.

Da loben wir uns die schlichte Feststellung des Ministers Grundmann von der CDU in Solingen, daß die SPD der zentrale politische Gegner der CDU im Kommunalwahlkampf sei. Die Sozialdemokraten nehmen das

zur Kenntnis und werden wie immer mit guten Argumenten vor die Wähler treten. Sie werden ihre Leistungen auf kommunalem Gebiet aufzeigen; sie werden es aber auch nicht versäumen, zu sagen, wie sträflich läßlich es die Bundesregierung und ihre Regierungskoalition mit den Verpflichtungen gegenüber den Gemeinden nimmt.

Just zur rechten Zeit wurden gelegentlich der IX. Kommunalpolitischen Bundeskonferenz der SPD in Saarbrücken in einer Ausstellung - die jetzt durch viele Städte geht - beispielhafte Aufbauleistungen gezeigt, die unter wesentlicher Beteiligung von Sozialdemokraten in großen und kleinen Städten von 1945 bis heute vollbracht wurden - eine stolze Bilanz. Hier gibt es nichts zu deuteln, hier wurde für jedermann, der es sehen wollte, augenscheinlich, was Sozialdemokraten in der gemeindlichen Arbeit zu leisten vermögen, wenn ihnen die Wähler hierzu die Möglichkeit geben.

Was die Klagen, die die Sozialdemokraten und mit ihnen auch die kommunalen Spitzenverbände gegenüber den Säumnissen der Bundesregierung zu führen haben, angeht, so haben sie in den vier Jahren nicht an Gewicht verloren. Die Forderung nach einer schnellen Durchführung einer längst überfälligen Finanzreform blieb unerfüllt. Die Gemeinden und Gemeindeverbände sind nicht in der Lage, wichtige Gemeinschaftsaufgaben durchführen zu können. Hier läßt der Bund wirklich die Gemeinden im Stich. Es wird in der Wahlauseinandersetzung der nächsten Wochen ausreichend Gelegenheit geboten werden, dem Wähler das an konkreten Beispielen noch recht deutlich zu machen.

Inzwischen haben die Parteien ihre Stellung im Wahlkampf bezogen oder werden es noch tun. Bei den Kandidatenaufstellungen hat sich der Generationswechsel deutlich bemerkbar gemacht. Die Kandidatenlisten, die von den Sozialdemokraten bei den Wahlämtern eingereicht wurden, zeigen eine erfreuliche personelle Gliederung quer durch alle Schichten der Bevölkerung.

Wir sind sicher, daß die von der SPD auf dem flachen Lande angestellten Versuche, hier im verstärkten Maße Fuß zu fassen, von Erfolg sein werden. Analysen hinter uns liegender Wahlen in Rheinland-Pfalz und Bayern haben sie hierzu ermutigt. Wir sind auch sicher, daß in den großen Städten die Leistungen der Sozialdemokraten honoriert werden, und sie ihre Position verstärken können.

Wenn eine große Wochenzeitung, die nicht gerade zu den Freunden der SPD zählt, in einer Vorschau auf die Kommunalwahlen feststellt, es habe den Anschein, den Wähler in den Gemeinden, in den Städten besonders, würden gerade die innenpolitischen "Anliegen" der CDU nicht sonderlich anziehen, so sind wir zuversichtlich, daß nach den Kommunalwahlen noch mehr Sozialdemokraten als bisher in die Rathäuser einziehen werden. Sie werden sich der Herausforderung dieser Zeit stellen und das Leben und Wohnen in einer modernen Gemeinde als immerwährende und fortzuentwickelnde Aufgabe stellen und lösen.

10. September 1964

Porträt eines sozialdemokratischen Oberbürgermeisters

Professor Wilhelm Brundert,  
Oberbürgermeister von Frankfurt/Main

- \* Vor kurzen wurde der bisherige Leiter der Hessischen Staats-
- \* kanzlei Wiesbaden, Professor Dr. Wilhelm B r u n d e r t ,
- \* zum Oberbürgermeister von Frankfurt/Main gewählt. Die Persön-
- \* lichkeit dieses Mannes veranlaßt uns zur Veröffentlichung des
- \* nachstehenden politischen Porträts.

Die Redaktion

\* \*  
#

sp - Hinter den klingenden akademischen Titeln steht der Sohn einer mitteldeutschen Arbeiterfamilie, der vor 1933 in der sozialdemokratischen Jugendbewegung tätig war. In der Hitlerzeit gehörte er zu den Widerstandsleuten im "Kreisauer Kreis". Dem Schicksal seiner Freunde nach dem 20. Juli 1944 entging Brundert, weil er zuvor in englische Kriegsgefangenschaft geraten war. Nach Kriegsende entlassen, widmete sich Brundert mit Feuereifer dem Wiederaufbau der Sozialdemokratie in der sowjetischen Besatzungszone. Mit Kurt Schumacher in enger Verbindung galt der junge Professor der Staatswissenschaften bald als "der Schumacher von Sachsen-Anhalt". Die Teilnahme an einem Lehrgang in Wilton Park (England) sollte Brundert zum Verhängnis werden; sie war mindestens der äußere Anlaß dazu.

"Es begann im Theater" - so lautet der Titel einer Schrift, in der Professor Brundert von seinen Erlebnissen im Bereich der "sozialistischen Gesetzlichkeit" Ulbrichts erzählt. Am 28. Oktober 1949 wurde er von Ulbrichts Gestapo-Leuten verhaftet. Er verschwand zunächst in der Zelle eines der vielen Gefängnisse in Sachsen-Anhalt. Die üblichen Nachtverhöre nach russischem Muster konnten ihm nichts anhaben. Am 24. April 1950 holten ihn dann die Schergen der kommunistischen Diktatur aus der Zelle, legten ihm Handschellen an und transportierten ihn unter großem Polizeiaufgebot in die Landeshauptstadt Dessau. Als der Transport beim Landestheater in Dessau hielt, wurde Brundert erst klar, welche Rolle ihm zugedacht war. Er sollte einer der Hauptangeklagten in einem "Riesenschauprozess" werden, der zur Binschlichterung der Kommunistengegner in Mitteldeutschland dienen sollte. Zweiter Hauptangeklagter neben ihm war der ehemalige Wirtschaftsminister von Sachsen-Anhalt, Herwegen, ein gläubiger Katholik. Als Mitangeklagte saßen auf der Anklagebank Betriebsleiter, Direktoren von größeren Unternehmen und ein Bankfachmann, weil in dem Schauprozess nebenbei auch der Monopolkapitalismus verurteilt werden sollte.

Die Vertretung der Anklage hatte sich Kilde Benjamin vorbehalten. Die später als "Justizminister" der Zonenregierung zum Symbol der kommunistischen Parteijustiz werden sollte, Alles war entsprechend vorbereitet, um vor den 1400 Sitzplätzen des Dessauer Landestheaters ein Parallelschauspiel zu den russischen Schauprozessen der Stalinzeit ablaufen zu lassen.

Die Regisseure dieses ersten großen Schauprozesses der Sowjet-

zone begingen den Fehler, die westdeutsche und ausländische Presse zuzulassen. Das gab den Hauptangeklagten erst recht den Mut, vor dieser begrenzten Öffentlichkeit zäh um ihr Leben zu kämpfen. Brundert konnte nichts anderes nachgewiesen werden als die Teilnahme an einem Kurs in Wilton-Park und seine sozialdemokratische Gesinnung. Nur ein Angeklagter versuchte, mit Selbstbezeichnung leichter davonzukommen. Alle anderen hielten sich tapfer, und die Empörung westlicher Zeitungen über diese Justizkomödie rettete den Hauptangeklagten wahrscheinlich das Leben.

Insgesamt sind im Dessauer Schauprozess gegen acht Angeklagte, denen überhaupt keine Schuld nachgewiesen werden konnte, 90 Jahre Zuchthaus verhängt worden. Brundert erhielt 15 Jahre. Doch es war ein moralischer Sieg der Verfolgten. Die Urteilsverkündung sollte vor der ganzen Bevölkerung auf einem Platz vor dem Theater durch Lautsprecher in Gegenwart des kommunistischen Ministerpräsidenten erfolgen. Es waren jedoch nur 300 Menschen erschienen, die sich nach der Vorlesung der Einzelstrafen durch Hilde Benjamin rasch verließen. Eine Schalmeykapelle der Volkspolizei und ein Fanfarenzug der FDJ konzertierten vor einem leeren Platz. Das Rednerpult des Ministerpräsidenten blieb leer.

Die Machthaber der Zone haben den Angeklagten diese moralische Niederlage durch besonders schlechte Behandlung in der Haft vergolten. Russische NKWD und Ulbrichts "Staatssicherheitsdienst" versuchten noch mit den üblichen Dauerverhören, mit Hunger und Strafvverschärfungen die Moral der bereits Verurteilten zu brechen. Zwei Jahre lang durften die Angehörigen Brunderts nicht erfahren, ob er noch lebt oder wo er sich befindet. Immer wieder versuchte man, die Vaterliebe Brunderts gegen seine Standhaftigkeit auszuspielen, indem man versprach, er könne nach einem "Geständnis" seine zwei Jungen (Halbwaisen, deren Mütter verstorben war) sehen. So verbrachte Brundert nahezu 8 Jahre als Gefangener Ulbrichts in Einzelhaft ohne Tageslicht und in Gemeinschaftszellen mit Kriminollen. Am 19. März 1957 schlug ihm die Stunde der Freiheit, weil der "Fall Brundert" inzwischen in der internationalen Öffentlichkeit immer weitere Kreise gezogen hatte.

Ungebrochen nahm Professor Brundert nach seiner Flucht aus der Zone seine Tätigkeit im Dienste der Einheit und Freiheit Deutschlands wieder auf. Er wirkte als Leiter der hessischen Finanzschule in Rotonburg/Talda, ehe er als Leiter der hessischen Staatskanzlei nach Wiesbaden berufen wurde. Jetzt ist Professor Brundert Oberbürgermeister von Frankfurt a. Main.